

## **Entsorgungsnachweis – Projekt Opalinuston Zürcher Weinland**

Die Nagra hat 2002 den Entsorgungsnachweis für ein Tiefenlager im Opalinuston eingereicht. Die Weinländer SVP nimmt zur Kenntnis, dass die zuständigen Sicherheitsbehörden der Schweiz sowie eine internationale Expertengruppe der OECD den Nachweis in der Zwischenzeit überprüft und ihn insgesamt als erbracht bezeichnen. Die SVP attestiert der Nagra und den Bundesbehörden eine hohe technische und wissenschaftliche Kompetenz, die auch einen internationalen Vergleich nicht zu scheuen braucht. Das ausgeprägte Sicherheitsbewusstsein konnte während verschiedenen Gesprächen und Besichtigungen glaubwürdig kommuniziert werden. Die Bezirkspartei besteht aber auf der Feststellung, dass ein erbrachter Entsorgungsnachweis keine Vorentscheidung für die Standortwahl sein kann. Die sichere technische Machbarkeit ist nur ein Kriterium neben anderen. Diese Machbarkeit muss auch an anderen Standorten aufgezeigt werden.

Beim Auswahlverfahren für einen Standort muss sichergestellt werden, dass der Region Zürcher Weinland mehrere Alternativen gegenübergestellt werden. Über diese weiteren möglichen Orte müssen Berichte vorliegen, die einen echten Vergleich mit dem Projekt Opalinuston im Bezirk Andelfingen zulassen. Die Bevölkerung muss über alle wichtigen Schritte umfassend informiert werden. Besonders wichtig ist es, dass in die Erwägungen sämtliche überregionalen Lasten und Verpflichtungen miteinbezogen werden, die ein möglicher Standort schon trägt oder in Zukunft wahrscheinlich tragen muss. Wir Weinländer sind bereit, unsere Verantwortung wahrzunehmen und einen angemessenen Teil gemeinschaftlicher Aufgaben von überregionaler Bedeutung zu übernehmen. Die SVP des Bezirks Andelfingen wird sich aber entschieden dafür einsetzen, dass das Weinland als Lebens-, Wirtschafts- und Naherholungsraum keinen nachhaltigen Schaden nimmt.

### **Positionen der SVP des Bezirks Andelfingen**

Die Kernenergie wird neben den erneuerbaren Energien als wichtiger Bestandteil einer zuverlässigen Stromproduktion in der näheren Zukunft anerkannt. Das Schweizer Volk wie auch die Weinländer Bevölkerung haben sich 2003 an der Urne deutlich gegen einen Ausstieg aus der Kernenergie ausgesprochen. Entsprechend steht die SVP auch einer korrekten Wiederaufbereitung, Zwischenlagerung und Entsorgung offen gegenüber.

- Unabhängig von der Diskussion wie die Energieversorgung des Landes auch nach 2020 sichergestellt werden kann, müssen inert nützlicher Frist Lager für einerseits schwach-/mittelaktive und andererseits hochaktive Abfälle sowie verbrauchte Brennelemente bereitgestellt werden. Das müssen gemäss Kernenergiegesetz geologische Tiefenlager im Inland sein.
- Damit diese wichtige Umweltschutzaufgabe für bereits existierende Abfälle bis 2040 realisiert werden kann, müssen durch klare Vorgaben und realistische Zeitpläne politisch-ideologisch motivierte Verzögerungsmanöver verhindert werden.
- Der Ablauf des Standortauswahlverfahrens (Sachplan Geologische Tiefenlager) muss klar definiert und der Öffentlichkeit zur Vernehmlassung unterbreitet werden.
- Die Sicherheit ist selbstverständlich das wichtigste Kriterium für die Standortwahl. Daneben gilt es aber noch weitere Faktoren zu berücksichtigen.
- **Der erbrachte Entsorgungsnachweis im Opalinuston des Zürcher Weinlandes darf keinesfalls als Vorentscheid zur Standortfrage betrachtet werden.**

- **Alternative Standorte müssen gründlich und seriös evaluiert und mit dem Weinland verglichen werden.**
- **Beim Auswahlverfahren muss sichergestellt werden, dass sämtliche übrigen gemeinwirtschaftlichen Leistungen und Belastungen einer Region aufgelistet, gewichtet und entscheidend in die Erwägungen einbezogen werden.**
- Die Rückholbarkeit der Lagerbehälter muss gewährleistet sein.
- Aus ökonomischen Überlegungen sind multinationale Lagerprojekte ebenfalls zu prüfen. Auch wenn sich heute kein europäisches Land findet, das eine solche Lösung vorsieht, muss diese Option parallel zu den Abklärungen im Inland weiterverfolgt werden.
- Der Export von radioaktivem Material in Drittstaaten mit undemokratischen Gesellschaftsstrukturen und ungenügenden Sicherheitsstandards bei den Nuklearprogrammen ist strikte abzulehnen.
- Die Bevölkerung muss weiterhin umfassend und regelmässig über alle Schritte der nuklearen Entsorgung informiert werden. Die Akzeptanz einer Standortfestlegung setzt zwingend voraus, dass die Bürgerinnen und Bürger der betreffenden Region die Gründe, die zu einem konkreten Standortentscheid geführt haben, nachvollziehen können.

Auskunft:  
Schweizerische Volkspartei des Bezirks Andelfingen  
Konrad Langhart, Präsident  
Telefon 052 745 27 46, 079 428 24 12